



Frage 1: Allgemeine Auftaktfrage

*Schüler*innen und Eltern sollten Sie zur Oberbürgermeister*in, weil ...?*

... Kinder und Jugendliche unsere Zukunft sind. Unsere Aufgabe ist es, ihnen mit einer guten Bildung das notwendige Rüstzeug für die Zukunft mitzugeben. Dabei darf es keine Rolle spielen, aus welchem sozialen Umfeld ein Kind kommt. Als Oberbürgermeisterin werde ich dem Thema Bildung und Betreuung einen hohen Stellenwert einräumen und stehe für eine vielfältige Schullandschaft, in der jede Schulform ihren Platz hat. Ich werde eine Qualitätsoffensive starten, damit unsere Schulen technisch und baulich modern aufgestellt werden und zeitgemäße Lernformen ermöglichen. Dafür bringe ich umfangreiche Führungserfahrung aus verschiedenen Positionen der Kommunal- und Landesebenen und eine breite Vernetzung auf diesen Ebenen mit.

Frage 3: Digitalisierung und IT-Koordination

Im Rahmen der Digitalisierung benötigen Schulen fachliche Unterstützung bei der Betreuung der IT-Infrastruktur. Landkreis und Stadt haben hierfür Stellen ausgeschrieben, die bisher aber nicht alle besetzt werden konnten. (Dies könnte an der verhältnismäßig geringen Entgeltstufe liegen, die der Tarifvertrag für diese Stellen vorsieht.)

Wie stellen Sie sicher, dass die Stadt ihrer Aufgabe als Schulträger schneller nachkommt, für die IT-Unterstützung der Schulen zu sorgen?

Die Corona Pandemie hat schonungslos offengelegt, wie abgehängt unsere Schulen beim Thema Digitalisierung sind. Es reicht nicht, einige Gebäude auszubauen und aus Fördermitteln finanzierte Tablets bereitzustellen. Vielmehr brauchen wir in allen Betreuungseinrichtungen gut geschultes Personal, das die Möglichkeiten der Digitalisierung in Chancen für unsere Kinder wandelt. Wir brauchen Digitalisierungsexperten, um qualitativ hochwertigen digitalen Unterricht umzusetzen. Dazu gehört auch IT Personal. Natürlich sind diese Experten momentan überall sehr gefragt. Da konkurrieren wir direkt mit der freien Wirtschaft. Auch weil mit der Digitalisierung die Anforderungen an Datensicherheit und Cybersecurity steigen. Wir müssen diesen Experten neben einer attraktiven Bezahlung auch ein gutes Arbeitsumfeld und vor allem Wertschätzung bieten. Das ist meiner Meinung an Schulen gut machbar. Und natürlich wollen wir auch Experten, die sich für das Ziel begeistern, mit und für Kinder und damit für unsere Zukunft zu arbeiten. Doch bei der Personalgewinnung kann niemand „zaubern“, deshalb werde ich auch Möglichkeiten der Unterstützung durch externe Dienstleister in den Blick nehmen.

Frage 5: Jederzeit kostenloser ÖPNV für Schüler für Bildungsgerechtigkeit und Klimaschutz

Klimaschutz ist eine der wichtigsten Aufgaben von Politik und Wirtschaft. Ein funktionierender, gern angenommener ÖPNV anstelle von Individualverkehr ist hierfür ein wichtiger Baustein; gute Erfahrungen mit dem ÖPNV schon in jungen Jahren sind ein wichtiger Teil der Verkehrserziehung. Dafür ist es wichtig, dass Schüler diesen gut, kostenlos und beliebig oft nutzen können, um Bildungsangebote - auch außerschulische - nutzen zu können oder um sich in Lerngruppen treffen zu können. Und das unabhängig von Alter und Schulform, unabhängig von Wohnort, Zeiten, Strecken und Tarifzonen!

*Wie stehen Sie zur Forderung der Eltern, eine solche kostenfreie Beförderung für alle Schüler*innen bis zum Ende der Schullaufbahn noch im Schuljahr 21/22 zu ermöglichen?*

Der Wunsch einer durchgängig kostenlosen Schülerbeförderung ist ein Thema, das seit vielen Jahren diskutiert wird. Auch ist hier die Trägerschaft beim Landkreis zu berücksichtigen. Über finanzielle Möglichkeiten der Hansestadt muss ich mir nach Amtsantritt erstmal ein Bild und einen Kassensturz machen. Es wäre nicht redlich, Ihnen für das jetzt begonnene Schuljahr hier etwas in Aussicht zu stellen, zumal ich auch die damit verbundenen Kosten (mehrere Millionen €) nicht kenne. Ein erster Schritt in diese (richtige) Richtung ist m.E. das 365 €-Ticket für Schüler und Azubis, das derzeit auf Landesebene vorbereitet wird und ab 01.01.2022 angeboten werden soll. Hierfür sind 30 Mio. € im Landeshaushalt vorgesehen.

Frage 7: Bauliche Herausforderungen/Sanierungsstau

Die letzten Jahre war der Schulbau geprägt vom Anknüpfen gegen den langjährigen Sanierungsstau. Falsch dimensionierte Neubauten aufgrund eines fehlenden Immobilienkonzeptes für den Schulbau und keine nachhaltige Vermögenserhaltung aufgrund eines fehlenden Unterhaltungskonzeptes in der Gebäudebewirtschaftung führen zu erhöhtem Ressourcenverbrauch und Belastungen des städtischen Haushalts. Im Bereich der Inklusion wurde nur die Barrierefreiheit als notwendig angesehen, neuartige Raumaufteilungen und Unterrichtsformen spielten dabei nur eine Nebenrolle. Nachhaltige Schulentwicklungskonzepte sind nicht erkennbar.

Unter welchen Prämissen wird unter ihrer Leitung die strategische Immobilienentwicklung im Bereich des Schulbaus erfolgen (Investitionsstrategie) und welche Leitlinien werden Sie der Verwaltung bei der nachhaltigen Sicherung und Bewirtschaftung (konsumtive Haushaltsbelastung) der Schulgebäude vorgeben?

Ich habe an anderer Stelle angekündigt, nach Amtsübernahme einen dringend erforderlichen „Kassensturz“ zu machen. Erst danach stehen hoffentlich eine Reihe von Handlungsoptionen bereit. Da hilft dann nicht nur ein eigenes Konzept, sondern der Rat mit seinen neuen Mehrheiten muss dieses beschließen, denn ich bin als Oberbürgermeisterin keine Einzelkämpferin. Klar ist, wir können beim Thema Schulbau nicht bei null anfangen und alle Schulgebäude abreißen und neu bauen. Es geht also darum, die bestehenden Gebäude in den nächsten Jahren zügig so zur ertüchtigen, dass sie den Anforderungen an moderne Schulkonzepte (im Hinblick auf Digitalisierung, modernen Unterricht, Schulleben, aber auch Lärmschutz, Inklusion usw.) besser gerecht werden können. Ferner müssen Aspekte der Nachhaltigkeit berücksichtigt werden (energetische Ertüchtigung, Heizung, Fenster, Dämmung usw.) Schließlich wird es darum gehen müssen, für die großen, wachsenden Schulen mehr Raum zu schaffen. Mobile Klassenräume können keine Dauerlösungen sein. Doch mir ist auch bewusst, dass einige Schulen im Stadtgebiet so liegen, dass bei wachsenden Schülerzahlen Anbauten auf dem Gelände mindestens schwierig, gelegentlich auch unmöglich sind. Grundlage für die Planungen muss die Entwicklung der Schülerzahlen, die Übergangsquoten von den Grundschulen zu den weiterführenden Schulen und vor allem die Entwicklung der Wohngebiete (Zuzug, Generationenwandel usw.) sein. Wichtig ist auch hier die Zusammenarbeit mit dem Landkreis, denn die Übergänge sind hier „fließend“ (Oedeme, Herderschule usw. haben „Stadtsschüler und Landkreisschüler“).

MONIKA SCHERF

Frage 2: Infektionsschutz an Schulen

Die Schulen sollen wieder im Präsenzunterricht öffnen. Als Ungeimpfte sind Kinder besonders gefährdet, eine vierte Corona-Welle gilt es zu verhindern. Dabei können gem. Erkenntnissen der experimentellen Wissenschaft während des Unterrichts mobile Luftfilter gegen indirekte Infektionen und Plexiglas-Trennwände mit umlaufender Kante gegen direkte Infektionen schützen. Der Einsatz mobiler Raumluftfilteranlagen wird nun auch vom Land Niedersachsen als geeignetes Mittel zur Pandemie-Eindämmung an Schulen gesehen. Im Landkreis gibt es mittlerweile ein zaghaftes Pilotprojekt. Derweil versteckt sich die Verwaltung der Hansestadt Lüneburg hinter der noch ausstehenden Förderrichtlinie des Landes Niedersachsen.

Mit wie viel Nachdruck werden Sie sich für schnellen und flächendeckenden Infektionsschutz durch mobile Luftfiltergeräte in Kombination mit Plexiglas- Trennwänden mit umlaufender Kante einsetzen?

Die Corona-Zahlen steigen vor allem bei den ungeimpften Erwachsenen und bei Kindern wieder schnell an. Schon jetzt sitzen wieder viele Schulkinder in Quarantäne. Um den Präsenzunterricht sicherzustellen, müssen wir auf bewährte Konzepte setzen (Hygiene, Abstand, regelmäßiges Testen, Trennwände) und gleichzeitig die Impfquote bei den ab 12-jährigen steigern. Der STIKO-Empfehlung folgend gibt es dazu jetzt spezielle Angebote für junge Menschen. Ich bin davon überzeugt, dass wir in naher Zukunft auch spezielle Impfungen für jüngere Kinder bekommen werden. Die Studien dazu laufen schon seit Monaten. Eine Zulassung durch die Europäische Arzneimittelbehörde könnte in einigen Monaten erfolgen. Frische Luft in Schulräumen halte ich nicht nur aus Gründen des Infektionsschutzes für sinnvoll. So sind CO2 Ampeln zum Beispiel auch sinnvoll, um die Konzentrationsfähigkeit sicherzustellen. Ob Belüftungs-, Entlüftungs- oder Luftfilteranlagen eingesetzt werden sollen, muss dabei von den jeweiligen Begebenheiten abhängen. Wenn möglich halte ich fest installierte und automatische Systeme zur Frischluftzufuhr für sinnvoll. Sie sind geräuscharm und entlasten die Lehrkräfte. Aktive Luftfilter halte ich z.B. für innenliegende Räume für sinnvoll, in denen nur schlecht gelüftet werden kann. Dabei sollte die Anschaffung nicht an den überschaubaren Kosten oder Förderprozessen scheitern. Es muss aber sichergestellt sein, dass die Anlagen nicht den Schulbetrieb stören (Geräusch). Außerdem muss auch die Wartung, der ordnungsgemäße Gebrauch und vor allem die Sicherheit für die Kinder sichergestellt sein. Festeingebaute Lüftungsanlagen haben hier Vorteile. Gemeinsam mit dem Gesundheitsamt und dem Land Niedersachsen werde ich die Maßnahmen ergreifen, die einen Präsenzunterricht gefahrlos ermöglichen.

Frage 4: Inklusion und Förderschule

Ein großes Ziel heißt: Inklusion an allen Schulen. Gleichzeitig ist der Bedarf für reine Förderschulen weiterhin gegeben. In der Stadt Lüneburg existieren zwei Förderschulen, davon ist mit der Johannes-Rabeler-Schule eine in städtischer Trägerschaft. Die Nachfrage nach Plätzen an dieser Förderschule sowohl aus dem Stadtgebiet als auch dem Landkreis ist weiterhin hoch; der Erhalt aber bisher nur bis 2028 gesichert.

Wie würden Sie sich für die notwendige personelle und materielle Ausstattung der Johannes-Rabeler-Schule entsprechend des Bedarfes in Stadt und Landkreis Lüneburg bis 2028 und, falls nötig, darüber hinaus einsetzen? Und: Wie lautet Ihr langfristiger Plan, die Inklusion an allen städtischen Schulen umzusetzen?

Der UN-Behindertenrechtskommission ist Deutschland 2009 beigetreten. Ich möchte hier nicht nach der Schulträgerschaft trennen, sondern mit dem Landkreis ein bedarfsgerechtes Angebot für eine Förderbeschulung schaffen, die allerdings eine Größe haben muss, die einen begabungsgerechten, differenzierten Unterricht ermöglicht. Dabei wird zu berücksichtigen sein, dass die Lehrkräfte an einer Förderschule dann natürlich nicht für die notwendigen Aufgaben bei den inklusiven Schulen im Regelbereich zur Verfügung stehen. Es gilt also, immer wieder abzuwägen; eine Patentlösung gibt es nicht. Ich halte es für sinnvoll, die Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen solange wie möglich zu erhalten, wenn die Rahmenbedingungen es zulassen. Denn die Fördermöglichkeiten für Kinder mit dem Förderschwerpunkt Lernen sind in den Förderschulen für manche Kinder besser und gezielter möglich, als z.B. in riesigen Gymnasien oder Gesamtschulen mit z. T. über 1.000 Schülern. Allen Kindern die besten Bildungschancen zu ermöglichen, heißt, eine vielfältige Bildungslandschaft anzubieten. Somit stehe ich zur Johannes-Rabeler-Schule und werde mich nachdrücklich beim Land dafür einsetzen, dass diese Schulform erhalten bleibt und die Eltern und ihre Kinder eine Wahlmöglichkeit haben.

Frage 6: Verantwortungsdiffusion

Beschwerden der Eltern bei den Elternräten drehen sich immer wieder darum, dass sich Angesprochene im Schulwesen und bei Schulthemen gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben, sei es bei Digitalisierung, Sanierung oder Pandemieschutz: Schulen, den Schulträgern, die Stadt dem Land, das Sozialdezernat dem Bauamt. Es zeigt sich der Wunsch nach strafferen Verwaltungsabläufen und klaren Verantwortlichkeiten für alle Belange im wichtigen Bildungsbereich.

Wie lautet ihr Plan, die Verwaltung dahingehend besser aufzustellen?

Hier geht es um den Handlungsbedarf bzw. angestaute Defizite der vergangenen Jahre. Den Bedarf nach straffen und unbürokratischen Verwaltungsabläufen mit klaren Verantwortlichkeiten sehe ich nicht nur für den Bildungsbereich. Hier gibt es Effizienzpotentiale, die wir auch mit Hilfe der Digitalisierung heben können. Das ist im Übrigen auch im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, die unter starren Verwaltungsprozesse genauso leiden. Mein Ziel ist, die Verwaltung zum zukunftsfähigen und bürgernahen Dienstleister zu entwickeln. Für den Bildungsbereich brauchen wir Pragmatismus. Das hat sich gerade in Zeiten der Pandemie gezeigt. Manche Sachen gingen hier auf einmal ganz schnell, so z.B. Tele-Elternsprechtag. Ich möchte den Vertretern der Elternschaft klare Ansprechpartner geben und Transparenz in der Kommunikation und den Verantwortlichkeiten sicherstellen. Dabei unterstützen könnte z.B. ein zentrales Verbesserungsportal oder Beschwerdemanagement mit Ticketsystem. Aber dies ist nicht von einem Tag auf den anderen zu erreichen. Denn neben der Technik geht es hierbei insbesondere um Organisationsentwicklung und Prozessoptimierung in der Verwaltung. Dies muss gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erarbeitet werden, damit es anschließend auch umgesetzt und „gelebt“ wird.

Frage 8: Freizeit- und Kulturangebote

School's out: Als Stadtelternrat interessieren wir uns natürlich auch dafür, dass unsere Kinder nach der Schule ausreichend Freizeit- und Kulturangebote bekommen. Hier hat sich Lüneburg in den vergangenen Jahren zurückentwickelt. Das Gebäude des Jugendzentrums soll zugunsten exklusiven Wohnraums verkauft werden, die letzte Diskothek Lüneburgs hat 2020 geschlossen, feiernde Jugendliche sind mit vielen Verbots- und Einschränkungen konfrontiert.

Wie machen Sie Lüneburg wieder jugendfreundlicher?

Auch das Thema „Jugendfreundlichkeit“ offenbart Defizite der Vorjahre und ist aktuell stark in die Kritik geraten. Wichtig ist für mich, mit den Akteuren der Jugendpflege/-arbeit und den Jugendlichen baldmöglichst ins Gespräch zu kommen. Ich werde deshalb auch an dieser Stelle kein Patentrezept verkünden, das dann den Jugendlichen „übergestülpt“ würde - Jugendpartizipation ist hier das Gebot der Stunde. Klar ist, Lüneburg ist eine junge Stadt, und das muss sich auch in den Angeboten und im täglichen Leben widerspiegeln. Der klassische Jugendtreff mit Raum für Austausch, Begegnung und Freizeitbeschäftigung ist aus meiner Sicht unerlässlich.